Niederschrift
zur 3. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 04.03.2009
Sitzungsbeginn:	19:05 Uhr
Sitzungsende:	23:20 Uhr
Ort, Raum:	**Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in 15806 Zossen**

Anwesend sind:

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Frau Karola Andrae
Stadtverordnete(r)
Herr Sven Baranowski
Frau Melinda Bock
Frau Sabine Brumm ab 19.40 Uhr
Herr Burkhard Degner
Herr Peter Hummer
Herr Wilfried Käthe
Herr Torsten Kniesigk
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Hans-Jürgen Lüders
Herr Olaf Manthey
Herr Ralf Markwardt
Frau Sylvia Menges
Frau Susanne Michler
Frau Petra Miersch
Herr Andreas Noack
Herr Carsten Preuß
Herr Dr. Rainer Reinecke
Herr Erwin Rust
Frau Waltraud Schröder
Herr Reinhard Schulz
Herr Jürgen Steinert
Frau Gudrun Timm ab 20.13 Uhr
Herr Konrad Tschorn
Herr Rolf von Lützow
Frau Freifrau Maria von Schrötter
Herr Rainer Zurawski
Bürgermeisterin
Frau Michaela Schreiber
Amtsleiter Ordnungsamt
Frau Stefanie Klähn
Amtsleiter Rechts- und Personalamt
Herr Kramer
Amtsleiter Bauamt
Herr Söhnke Wilbrand

Wirtschaftsförderung
Herr Günter Grunow
Protokollantin
Frau Sylvia Kromer
Gäste

Bürger	ca.15
Herr Conrad Irrgang	Mitglied Ortsbeirat Zossen
Herr Kurt Liebau	
Herr Hartmut Reck	MAZ
Frau Dietlinde Sülflow	Plan B

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Herr Tim Grebe	entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Andrae, eröffnet um 19.05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Sie bittet um eine kleine handschriftliche Änderung im TOP 12.4., hierbei handelt es sich nicht um einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, sondern um einen Antrag der Mitglieder des Ausschusses KTL. Sie schlägt vor, mit den Tagesordnungspunkten zur Wahl erst zu beginnen, wenn Frau Timm anwesend ist, d.h. wenn wir vollständig sind.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den 29 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind zur Zeit 26 Mitglieder anwesend.
Es fehlen Herr Grebe, Frau Timm und Frau Brumm. Frau von Schrötter erklärt, dass Herr Grebe krank ist.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Frau Andrae informiert über den Wechsel des Fraktionsvorsitzes in der SPD. Herr Grebe hat den Vorsitz zum 01.03.2009 abgegeben und Frau Petra Miersch hat diesen übernommen.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Preuß:
Änderungsantrag zum Beschlussantrag TOP 12.4.:
Durch die Änderung des Antragstellers gehört dieser Antrag nicht mehr unter TOP 12, sondern unter TOP 11 und hier unter TOP 11.2.
Der Antrag zur Seenprivatisierung soll als TOP 11.1. eingeordnet werden.
(Hinweis: wurde von Andrae zu einem späteren Zeitpunkt unter TOP 11.2. abgehandelt.)

Punkt 11.1, Antrag des Ausschusses SJBS vom 17.02.2009, Teilnahme „Aktionswochen gegen Rassismus“ Schreib- und Malwettbewerb zum Thema: Buntes Zossen: Jeder ist anders - darin sind wir alle gleich“ (Vorlage 11/09/01)
1. Der Tagesordnungspunkt soll ergänzt werden um Vorstellung der BI „Zossen zeigt Gesicht“.
2. Die Bürgerinitiative erhält zu diesem Tagesordnungspunkt Rederecht, um sich vorzustellen.

Herr Lüders:
Die SPD-Fraktion hat für heute form- und fristgemäß einen Antrag gestellt, der heute nicht auf der Tagesordnung steht. Er geht davon aus, dass der Antrag gleich direkt in die Ausschüsse geht.

Frau Andrae:
Sie bittet um Handzeichen, wer mit der geänderten Tagesordnung einverstanden ist.
Abstimmung: einstimmig 26 x Ja

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2008/09.01.2009 und 21.01.2009

Herr Preuß:
Hinweis zur Niederschrift vom 17.12.2008:
Seite 1:
In der Anwesenheitsliste ist Herr Rust auszutauschen gegen die Vorsitzende der SVV, Frau Andrae.

„Seite 2/3: Zu Ziffer 3: Vor dem letzten Satz Seite 3 oben ist einzufügen:

Herr Liebau hat als Einspruchsführer gemäß § 56 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz (BbgKWahlG) den Antrag gestellt, bei der Verhandlung über die Gültigkeit der Kommunalwahl in der SVV vorsprechen zu dürfen.
Allerdings wurde es seitens der Verwaltung versäumt, Herrn Liebau fristgerecht einzuladen. Somit liegt ein Verstoß gegen das Brandenburgische Kommunalwahlgesetz vor und eine Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt hätte keinen Bestand.

Seite 13, 3. Wortmeldung von oben:
Der vorvorletzte und vorletzte Satz ist zu streichen und zu ersetzen durch:

Er hat die Urteile und Rechtsgrundlagen ausgewertet, die in der Begründung zur Beanstandung der Beschlüsse von der Verwaltung herangezogen wurden. Auszugsweise zitiert er aus den von der Verwaltung benannten Urteilen und Rechtsgrundlagen und stellt fest, dass die von der Verwaltung aufgeführten Urteile und Rechtsgrundlagen eine Beanstandung in keiner Weise rechtfertigen.

Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2009:

Seite 7, zu Ziffer 9.2
Änderungsantrag von Herrn Preuß

Die Fraktion DIE LINKE beantragt folgenden Änderungsantrag:

Zurückstellung der Beschlussvorlage 127/08 auf Grund von weiterem Klärungsbedarf.
Der Antrag ist verbunden mit dem Antrag

- *auf Einberufung einer Beratung, zu der die Zossener Einzelhändler eingeladen werden sowie dem Antrag*
- *auf Vorlage eines Verkehrskonzeptes für die Bahnquerung der B 246 im Bereich des geplanten B-Plangebietes „Stubenrauchstraße“ sowie auf Vorlage eines Kostenvergleiches der Variante mit der Variante Tunnel im Bereich der jetzigen B 246.*

Er begründet diesen Antrag:

Die Begründung ist zu ergänzen um:
Um der Gefahr der Verödung der Innenstadt vorzubeugen, sollten im Vorfeld der Planungen gemeinsame Wege zwischen der Stadt Zossen und dem Einzelhandel gefunden werden, um die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen.“

Herr Steinert:
Änderungsantrag zur Niederschrift der SVV-Sitzung vom 17.12.2008
Seite 6, TOP 8: Anfragen und Mitteilungen – hat er so nicht vorgetragen, wie es in der Niederschrift steht.

Richtig muss es heißen:

„Im Ortsteil Werben betreut eine Bürgerinitiative eine Sammlung landwirtschaftlicher Maschinen, die in einer von der Berliner Liegenschaftsgesellschaft mietzinsfrei der Stadt Zossen zur Verfügung gestellten Liegenschaft mit einer Grossfeldscheune untergestellt waren.
Die Stadt Zossen hat der Berliner Gesellschaft den Mietvertrag zum Ende August 2008 gekündigt und die Bürgerinitiative Werben zur Räumung der Liegenschaft aufgefordert.
Die Fraktion DIE LINKE/B90 hat am 17. Juli 2008 eine schriftliche Anfrage zu dem Vorgang an die Bürgermeisterin Frau Schreiber gesendet.
Am 5. August 2008 hat die Landtagsabgeordnete Frau Wehlan ebenfalls einen Brief an die Bürgermeisterin und an den Minister für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Herrn Woidke mit der Bitte um eine gemeinsame Lösung zur Sicherung der historisch wertvollen Maschinensammlung gesendet.
Trotz der sofortigen Antwort des Ministers vom 19. August 2008 mit einem Unterstützungsangebot und der nochmaligen schriftlichen Unterstützung unserer Anfrage durch die Landtagsabgeordnete Frau Wehlan vom 29. August 2008 an die Bürgermeisterin ist die Kündigung vollzogen worden und alle vier beteiligten Petenten haben bis heute keine Antwort von der Stadt zu ihren Bemühungen erhalten.

Warum keine Antwort und welche Gründe für die strikte Kündigung durch die Stadt können genannt werden?

Diese Anfrage zu Werben ist von mir am 17. Dezember 2008 gestellt worden und die Antwort laut Protokoll war:
Die Bürgermeisterin möchte im nichtöffentlichen Teil dazu eine umfassende Antwort geben.

Es gab am 17.12. keinen nichtöffentlichen Sitzungsteil mehr.
Danach sind 3 weitere Sitzungen am 09.01, 21.01, 28.01 durchgeführt worden, aber weder mündlich noch schriftlich ist eine Antwort der Verwaltung gekommen.
Im Zusammenhang mit den bereits heute hier benannten Informationsdefiziten der Verwaltung an die Stadtverordneten muss ich eine Themenanfrage aus dem Finanzausschuss stellen.
Zur konstituierenden Sitzung am 20.11.2008 wurden für die Sitzung 3 Themen zur Berichterstattung gestellt. Zur Ladung wurde mitgeteilt, dass die Verwaltung nicht berichten wird, da nicht inhaltlich klar war, was gefordert wurde.
Daraufhin wurden die 3 Anfragen zum nächsten Sitzungstag 08.01.09 als Vorlage beantragt.
Mit dem Zusatz – Übersicht der finanziellen Abarbeitung der Prioritätenlisten
Hochbau Neubau / Investitionen
Tief- Straßenbau / Neubau
Straßenbeleuchtung / Neubau –
dem Finanzausschuss vorzustellen.
Weder für den 08.01. noch den 12.02.09 wurden in den Arbeitsmaterialien des Ausschusses dazu Auskünfte erteilt.
Wie will die Verwaltung den zustehenden Informationsanteil für die Vorbereitung der fraktionellen Arbeit am neuen Haushalt 2009 endlich an die Abgeordneten und die Fachausschüsse zur Verfügung stellen, denn wir haben bereits Anfang März des neuen Haushaltsjahres.“

Frau Andrae:
Abstimmung des Protokolls in seiner Gesamtheit: 23 x Ja; 0 x Nein; 3 x Enthaltung

Zur Niederschrift vom 21.1.09 -> Erweiterung der Niederschrift vom 21.01.2009
Herr Preuß: Seite 7, Ziffer 9.2. Zurückstellung der BV 127/08 auf Grund von weiterem Klärungsbedarf.

Frau Schreiber:
Der Änderung im Antrag kann sie aus Sicht der Verwaltung nicht zustimmen. In der Begündung ist es genauso.

Herr Noack:
Wer soll denn heute noch wissen, was Herr Preuß wörtlich in der Sitzung gesagt hat.

Dann muss er es in der Sitzung schriftlich übergeben.

Herr Preuß:
Er möchte nur, dass auch ein Satz zum Thema Innenstadt ins Protokoll aufgenommen wird.

Herr Kühnapfel:
Er stellt den Antrag, über den Änderungsantrag von Herrn Preuß erstmal abzustimmen, bevor wir über das Protokoll abstimmen.

Frau Michler:
Die Einsprüche zur Niederschrift müssen schriftlich vorher eingereicht werden.

Herr Preuß:
Jeder prüft doch, ob seine Aussagen im Protokoll richtig wiedergegeben werden.

Frau Andrae:
Abstimmung zur Erweiterung des Protokolls in der von Herrn Preuß vorgetragenen Art und Weise:
11 x Ja; 11 x Nein; 4 x Enthaltung, damit abgelehnt

Frau Andrae:
Wer ist für die Niederschrift in der vorliegenden Form?
Abstimmung: 14 x Ja; 11 x Nein; 1 x Enthaltung, damit in der vorliegenden Form ohne Ergänzung angenommen.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Der Bericht liegt allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung schriftlich vor.
Frau Schreiber gibt kurze Erläuterungen zu den einzelnen Punkten:

1. Bürgerversammlung Bahnquerung Neuhof
2. B-Plan Stubenrauchstraße – Frühzeitige Beteiligung der Bürger und Träger öffentlicher Belange
3. Baumaßnahme Wünsdorfer-/Neuhofer Weg
4. Baruther Straße, Zossen
5. Oberschule Wünsdorf – es wurden heute als Anlage zum Bericht umfangreiche Unterlagen verteilt
6. Inhouse-Seminar
7. Bildungstag
8. Personalveränderungen bei den Tarifbeschäftigten
9. Bahnquerungen im gesamten Stadtgebiet
10. Weitere Baumaßnahmen an der Oberschule Wünsdorf

zu 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Frau Schreiber:
In der Sitzung des Zweckverbandes KMS wurden die Satzungen beschlossen, mehr gibt es nicht zu berichten.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Herr Irrgang, Mitglied des Ortsbeirates Zossen:
Frau Schreiber hat im September 2008 auf seine Anfrage geantwortet, dass die Antworten auf die Fragen des Ortsbeirates jeweils zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates vorliegen werden. Der Ortsbeirat bekommt bisher immer noch keine Antworten, nicht im

Januar und auch nicht im Februar.

Ab 19.40 Uhr nimmt Frau Sabine Brumm an der Sitzung teil, somit sind jetzt 27 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

Frau Schreiber zu Herrn Irrgang:
Sie hat die Fragen beantwortet, auch wenn diese Herrn Irrgang eventuell nicht gefallen.

Frau Andrae:
Das ist eher eine Klärung im Ortsbeirat Zossen und nicht hier in Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Noack:
Es stimmt, die Fragen sind im Januar beantwortet worden.
Im Februar hatten wir nur einen Tagesordnungspunkt, da muss die Verwaltung nicht anwesend sein.

Herr Jungbluth:
Im Ortsteil Wünsdorf ist kein Amtsblatt im Februar angekommen. Wie ist die Regressleistung? Wie kann das passieren? Es muss eine Nachverteilung erfolgen. Das muss besser organisiert werden.
Frau Schreiber sagte, dass es über den KMS nichts weiter zu berichten gibt.
Die 19% Mehrwertsteuerfrage ist noch offen, diese Sache muss die Bürgermeisterin im Zweckverband KMS vertreten. Frau David sagt, dass sie nichts an den Bescheiden ändern kann, bis es eine andere Verwaltungsvorschrift gibt. Er möchte, dass Frau Schreiber das im KMS anspricht.

Frau Schreiber:
Im Bericht zu den Zweckverbänden berichtet sie lediglich über die neuen Ereignisse zwischen den Versammlungen. Sie kann nicht in jedem Detail informieren, da müsste Frau David mit dazu eingeladen werden.
Zur Nachverteilung des Amtsblattes, da ist sie noch dran.

Herr Liebau:
Die erste Frage bezieht sich auf die heutige Abstimmung bzgl. der Wahlen. Wird das beibehalten, dass es keine Abstimmung geben wird, sobald ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung fehlt? Wird sein Einspruch behandelt?

Frau Schreiber:
Die Aussage bzgl. der Zurückziehung, wenn ein Stadtverordneter fehlt, wurde von Herrn Preuß bemängelt.

Frau von Schrötter:
Das ist so nicht richtig. Frau Timm kann an den Mittwoch-Terminen nicht pünktlich teilnehmen.

Frau Schreiber:
Jedem Einreicher eines Antrages steht es offen, den Antrag zurückzuziehen, solange nicht abgestimmt wurde.

Herr Haenicke:
Er kommt auf den Einwand von Herrn Jungbluth zurück bezüglich der Berichterstattung zum Zweckverband KMS. Der Standpunkt von Frau David kann wiedergegeben werden. Was hat Frau David gesagt?

Frau Schreiber:
Die Stellungnahme von Frau David hat Herr Jungbluth bereits vorgetragen, dem hat sie nichts hinzuzufügen.

zu 8 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kühnapfel:
Er würde einen CDU-Antrag stellen, die Gemeinde aufzufordern, dem Bürger Rechtssicherheit zu geben und nur 7% Mehrwertsteuer zu zahlen.
Die Verwaltung möchte bitte noch mal prüfen, ob eine solche Aussage getroffen werden kann.
Er hat das Amtsblatt auch erst am Sonnabend erhalten, allerdings für zwei Haushalte vier Amtsblätter.
Es kann nicht sein, dass die Amtsblätter so spät bzw. gar nicht kommen.
Bezüglich der Sitzungstermine gibt es Terminüberschneidungen mit dem Kreis, z.B. nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung –dort gibt es wichtige Ausschusssitzungen im Kreis, darauf sollte geachtet werden.

Herr Tschorn:
Wenn es nach seiner Fraktion ginge, würde er sehr gerne den Dienstag als Sitzungstag für die SVV beibehalten.
Zur Protokollierung: Man muss über eine Tonbandaufzeichnung nachdenken. Diese Aufzeichnungen werden erst gelöscht, wenn die Niederschrift bestätigt ist. Beim Kreis wird auch so verfahren.

Herr Tschorn beantragt wortwörtliche Wiedergabe seiner Rede und übergibt den schriftlichen Text:
„Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Vorsitzende
bereits in der letzten SVV, lesen Sie bitte in der Niederschrift auf der Seite 3 nach, habe ich mich kritisch zur Informationspolitik der Verwaltung äußern müssen.
Ich muss Sie heute davon informieren, dass mich noch immer keine Reaktion der Verwaltung erreicht hat, obwohl ich doch sehr deutlich die Stadtverordnetenvorsteherin gebeten habe, ich zitiere: „mich und andere Abgeordnete bei der Wahrnehmung unserer Rechte und Pflichten zu unterstützen und eine Regelung herbeizuführen, die das ermöglicht.“
Wie gesagt, nicht eine meiner Fragen, zum Teil bereits in der Bauausschusssitzung im November gestellt, ist bisher beantwortet worden.
Im Zusammenhang mit der BV 138/08 zu außerplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich bei der Eisenbahnkreuzung in Wünsdorf, habe ich in der letzten öffentlichen Sitzung am 21.01.2009 im Auftrag unserer Fraktion einen Antrag eingebracht mit folgendem Wortlaut:
„Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Nachweis zu erbringen, wann sie die Studie zur Eisenbahnkreuzung in Wünsdorf erhalten hat und an wen und wann sie diese Studie weitergereicht hat. Zudem möge die Verwaltung darlegen, bei welchen Veranstaltungen mit der Studie gearbeitet wurde bzw. bei welchen Veranstaltungen die Studie als Grundlage diente.
Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE müssen auf Grund der Vorenthaltung der Studie zu dem Verdacht kommen, dass ihr ein Nachteil im Kommunalwahlkampf 2008 zugefügt wurde. Wir hoffen, dass der geforderte Nachweis diesen Verdacht ausräumen kann.

Sehr geehrte Abgeordnete,
Sie haben mit 20 Ja- und 6 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen diesem Antrag zugestimmt.
Ich muss Sie heute davon informieren, dass die Verwaltung selbst diesem Auftrag nicht nachgekommen ist.
Frau Bürgermeisterin,
bitte beantworten Sie endlich unsere Anfragen. In der letzten Bauausschusssitzung haben sich erneut eine Reihe von Fragen, nicht nur zur erfolgten Renovierung der Oberschule Wünsdorf, ergeben. Schaffen Sie bitte keinen Informationsstau, sondern kommen Sie Ihren Informationspflichten nach.“

Frau Schreiber verwehrt sich gegen die Vorwürfe, dass sie den Stadtverordneten Informationen vorenthält.

Herr Lüders:
Das Thema Niederschrift ist heute wieder Streitpunkt gewesen. Es ist technisch möglich, ein Tonband anzuschließen. Er weiß nicht, warum das hier nicht möglich ist, im Kreis geht das ohne Probleme.
Frau Schreiber hat heute über die Oberschule Wünsdorf berichtet. Die Heizungsanlage ist eine Tropfsteinhöhle, der Fußboden steht unter Wasser. Wo kommt das her? Es entsteht

Schwitzwasser an den PE-Rohren. Seiner Meinung nach hat hier der Projektant geschlafen. Er spricht noch weitere Mängel an. Zum Thema Turnhalle möchte er sich gar nicht äußern.

(Ab 20.13 Uhr ist Frau Timm anwesend, somit nehmen jetzt 28 Mitglieder der SVV an der Sitzung teil.)

Er bezieht sich auf seinen Akteneinsichtsantrag zur Brücke im Stadtpark. Er war zur Akteneinsicht im Rathaus, er will nicht alle Unterlagen durchsehen, sondern lediglich die tatsächlichen Kosten wissen.
Die Ist-Zahl wurde ihm noch nicht mitgeteilt. Liegt ihm diese Zahl nicht bis zum 15.03.09 vor, einschließlich Bahnhofsvorplatz, werden wir uns in Potsdam wiedersehen. Muss denn das sein?

Frau Schreiber:
Das ist mehrfach hin- und hergegangen, deshalb konnte noch keine Zahl genannt werden.
Herr Lüders hat Akteneinsichtsrecht und kann dieses gerne wahrnehmen. Es werden ihm alle Unterlagen im Rahmen der Vorschrift über die Akteneinsicht vorgelegt. Wir sind nicht verpflichtet, diese Sucharbeit für ihn zu erledigen.

Herr Schulz:
Zum heutigen Sitzungstermin: Der Dienstag für die Sitzungen der SVV ist von der vorigen Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden.
Der Dienstag ist beschlossener Termin und sollte wieder eingeführt werden.
Die Gemeinden wollen zusammenwachsen. Im Internet nur Layout von Zossen, Fotomontage mit interessanten Dingen auch von den anderen Ortsteilen fehlt. Die Bürger sollten dringend die Satzungen im Internet lesen können.

Frau Schreiber:
Die Satzungen sind drin.

Herr Preuß beantragt wortwörtliche Wiedergabe seiner Rede und übergibt den schriftlichen Text:
„1. Anfrage zur Interpräsenz
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22.12.2008; Zwischenantwort der Verwaltung vom 21.1.2009; Präzisierung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 30.01.2009 aufgrund der Mitteilung von Frau Andrae in der SVV (nichtöffentlich) am 28.01.2009

Hiermit möchte ich nachfragen, wie der Stand der Bearbeitung ist.
Schreiben vom 30.01.2009, Beschluss über die Förderung des Projektes „Internetpräsenz der Stadt Zossen mit dem Jugendclub LEO e.V.

Mein Auskunftsersuchen vom 22.1.2008 hatte ich nach der letzten SVV am 28.01.2009 präzisiert. Frau Andrae hatte uns am 28.01.2009 informiert, dass sie von der Kommunalaufsicht eine Mitteilung erhalten hat, die darauf schließen lässt, dass eine Entscheidung der Kommunalaufsicht zum o.g. Beschluss der SVV vorliegt. Da Frau Andrae mitteilte, dass sie (die Bürgermeisterin) wohl mit der Entscheidung nicht einverstanden war, ist davon auszugehen, dass der Beschluss aus Sicht der Kommunalaufsicht rechtmäßig war. Den Aussagen von Frau Andrae konnte man weiterhin entnehmen, dass Sie im Namen der Stadt in Widerspruch gegangen sind. Hierzu bitte ich Sie um Auskunft dahingehend, ob hierfür ein Beschluss der alten SVV vorliegt. Zudem bat ich um Auskunft zum Verfahrensstand.

2. Anfrage – Nordumfahrung Dabendorf und sonstige Bahnquerungen in der Stadt Zossen;
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 6. November 2008
Bitte um Unterrichtung der Stadtverordneten über Dorsch-Studie, vorliegende Kostenschätzungen und Beschlüsse der SVV

Hiermit möchte ich nachfragen, wie der Stand der Bearbeitung ist.
06.11.2008 – Nordumfahrung Dabendorf und sonstige Bahnquerungen in der Stadt

Zossen

Es ging um die Unterlagen zur Nordumfahrung Dabendorf aus der vergangenen Legislaturperiode. Diese bat ich mir zur Verfügung zu stellen. Zudem bat ich um Auskunft darüber, welche Aufträge die DBC Dorsch Consult von der Stadt Zossen hinsichtlich der Nordumfahrung Dabendorf und hinsichtlich der übrigen Bahnquerungen erhalten hat und welche Vertragsdauer die Verträge haben.
Insbesondere bat ich um folgende Unterlagen:

- Studie der Dorsch Consult GmbH zu den Bahnquerungen und zur Nordumfahrung Dabendorf
- Kostenschätzungen der DB AG für Bahnquerungsvarianten
- sonstige Ihnen vorliegende Kostenschätzungen zur Nordumfahrung und den übrigen Bahnquerungen
- Beschlüsse der SVV zur Nordumfahrung und den übrigen Bahnquerungen

3. Anfrage vom 04.12.08 Beanstandungsverfahren der Stadt Zossen; erste Antwort vom 17.12.08 (Kopie alter Unterlagen)

Hiermit möchte ich nachfragen, wie der Stand der Bearbeitung ist (aktueller Stand der Beanstandungsverfahren)?

Es ging um die Auflistung der Beschlüsse, die von der Verwaltung in der letzten Legislaturperiode beanstandet wurden. Insbesondere auch um die Beschlüsse, die beanstandet, aber nicht der Kommunalaufsicht vorgelegt wurden. Dazu wollten wir jeweils auch die Begründung, warum die beanstandeten Beschlüsse nicht der Kommunalaufsicht vorgelegt wurden.

4. Anfrage zur Umsetzung des Beschlusses 154/08 vom 21.101.2009, „Panoramaweg in den Mühlenbergen“

1. Die Stadt Zossen legt einen Wanderweg gemäß der Planung des Projektes Panoramaweg Zossen – Mühlenberge an.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum Zwecke des Erwerbs des in der Gemarkung Zossen gelegenen Grundstücks Flur 4, Flurstück 121 Verhandlungen über den Ausschuss eines Grundstückstauschvertrages aufzunehmen.

Der Eigentümer des betroffenen Flurstücks stellte im Ausschuss KTL am 10.02.2009 die Frage nach dem Stand der Bearbeitung des Beschlusses. Er erklärte, dass die Stadt noch keinen Vorschlag unterbreitet hat.
Der Beschluss wurde im Amtsblatt vom 11.02.2009 veröffentlicht. Insofern war auch in der Kürze der Zeit noch nicht zu erwarten, dass dem Eigentümer schon ein Angebot unterbreitet werden konnte. Mittlerweile sind aber wieder einige Wochen vergangen, so dass ich nachfragen möchte, wie der Stand der Umsetzung ist.“

Frau von Schrötter:
Der Umgangston mit den Stadtverordneten gefällt ihr nicht. Sie möchte so nicht behandelt werden, das ist unerträglich. Auch sie bittet, den Mittwoch als Tag für die Sitzung der SVV zu überprüfen.
Der Terminplan ist in einer unwürdigen Form vorgelegt worden. Die Termine des Ausschusses SJBS sind sehr ungünstig.
Sie hat bereits zweimal gebeten, zum Thema Jugendarbeit Vertreter des Fachamtes vom Kreis einzuladen, das ist bisher nicht gemacht worden. Das ist Behinderung der Ausschussarbeit.

Frau Schreiber:
Sie bittet alle darum, gleiche Maßstäbe anzusetzen.
Zum Panoramaweg haben wir auf die Bekanntmachung gewartet und arbeiten daran.
Zu dem Sitzungsplan:
Es sind die Sitzungen der SVV festgelegt. Sie hat lediglich die Ausschüsse im Zeitfenster auf dem Sitzungsplan festgeschrieben, die Ausschüsse können natürlich Änderungen vornehmen.

Herr Lüders verlässt um 20.29 Uhr den Raum.

Herr Baranowski:
„1. Fußgängerquerung am Bahnhof Dabendorf
Die am Bahnhof Dabendorf vorhandene Fußgängerüberführung ist derzeit nicht benutzbar. Bei geschlossener Schranke gibt es keine Möglichkeit, die Gleise sicher zu überqueren. Dies ist auf diesem viel genutzten Schulweg insbesondere in Anbetracht der häufigen und langen Schließzeiten der Schranke im Interesse der Sicherheit der Schüler nicht akzeptabel.
Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen? Besteht ggf. die Möglichkeit, die an dieser Stelle ohnehin im Zuge der Neugestaltung der Bahnquerung geplante Lösung für Fußgänger und Radfahrer vorzuziehen?“

Er spricht außerdem die Notfallnummern für den Bereitschaftsdienst an.

Frau Michler:
Wir haben jetzt 20.40 Uhr und sind immer noch bei der Fragestunde. Die Vereinfachung der Fragestunde muss neu überdacht werden. Es war jetzt wie eine Ausschusssitzung, dann können wir die Ausschüsse weglassen.

Herr Markwardt:
Ihm gefällt die heutige Arbeitsweise nicht. Es gibt wichtige und nicht so wichtige Sachen. Die Verteilung des Amtsblattes gefällt ihm auch nicht. Er kann nicht verstehen, dass Herr Lüders droht, zum Gericht zu gehen. Wir sollten uns auf unsere Arbeit konzentrieren.

Herr Hummer:
Wir haben heute innerhalb von 2 Stunden gerade den Punkt 8 abgearbeitet. Wir sollten hier für die Probleme Lösungen finden und nicht umgekehrt.

zu 9 Berufung eines Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung in den Beirat des Evangelischen Krankenhauses Ludwigsfelde-Teltow

Diese Funktion wurde viele Jahre durch Frau Michler wahrgenommen.

Herr Noack:
Die Fraktion Plan B schlägt Frau Schröder vor. Sie ist Ärztin und kann uns sicher im Krankenhaus gut vertreten.

Abstimmung für Frau Schröder: einstimmig 28 x Ja
Frau Schröder nimmt die Wahl an.

zu 10 Beschlussvorlagen

zu 10.1 Aufhebung eines Beschlusses wegen Beanstandung durch die Kommunalaufsicht Vorlage: 018/09

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung des Beschlusses vom 09.01.2009 über die Beteiligtenfähigkeit der Stadtverwaltung im Verfahren von Einwendungen zur Kommunalwahl im Sinne des Kommunalwahlgesetzes für das Land Brandenburg.

Frau Andrae fasst den Sachverhalt kurz zusammen.

Herr Preuß:
Der Beschluss ist von Frau Michler eingebracht worden, aber vorgeschlagen worden von

Herrn Ahlgrimm, dem damaligen Wahlleiter der Stadt Zossen.
Er (Herr Preuß) hatte damals gesagt, dass dies so nicht geht. Wir sehen, dass auch Herr Ahlgrimm fehlbar ist.

Frau Schreiber:
Sie hat in mehreren Verwaltungsverfahren gesehen, dass auch die Kommunalaufsicht nicht unfehlbar ist. Sie erläutert kurz den Sachverhalt. In einem Verwaltungsverfahren sind alle zu beteiligen, die betroffen sind.
Die Stadtverwaltung teilt die Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht nicht.

Abstimmung zur BV 018/09: 23 x Ja; 0 x Nein; 4 x Enthaltung
Damit ist der Beschluss aufgehoben.

zu 10.2 Wahleinspruch gegen Ortsbeiratswahlen in den Ortsteilen Schöneiche, Kallinchen, Wünsdorf, Lindenbrück, Glienick, Horstfelde, Nundorf, Schünow und Nächst Neuendorf
Vorlage: 020/09

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen verwirft den vorliegenden Wahleinspruch vom 07.10.2008 hinsichtlich der Ortsbeiratswahlen in Wünsdorf, Schöneiche, Kallinchen, Nächst Neuendorf, Nunsdorf, Schünow, Horstfelde, Lindenbrück und Glienick als unzulässig.

Frau Andrae:
Es geht um die Ortsbeiräte der Stadt Zossen, außer Zossen Stadt. Dieser Beschluss sagt aus, dass sich der Wahleinspruch nicht gegen die aufgeführten Ortsteile beziehen kann.

Abstimmung: 26 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

zu 10.3 Entscheidung über die Gültigkeit der Ortsbeiratswahl in Zossen am 28.09.2008
Vorlage: 023/09

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen stellt fest, dass eine Einwendung gegen die Ortsbeiratswahl im Ortsteil Zossen vorliegt. Nach Prüfung des vorliegenden Wahleinspruchs, beschließt sie gem. § 57 Abs. 1 BbgKWahlG folgende Wahlprüfungsentscheidung:

1. Die Einwendungen gegen die Wahl sind nicht begründet und werden zurück gewiesen. Die Wahl ist gültig.

oder

2. Die Einwendungen gegen die Wahl sind begründet. Die ihnen zugrunde liegenden Tatsachen
haben das Wahlergebnis nicht oder nur unwesentlich beeinflusst. Die Wahl ist gültig.

oder

3. Die Einwendungen gegen die Wahl sind sämtlich oder zum Teil begründet. Die den begründeten Einwendungen zugrunde liegenden Tatbestände sind so schwerwiegend, dass bei einer einwandfreien Durchführung der Wahl ein wesentlich anderes Wahlergebnis zustande gekommen wäre. Es wird a) das Wahlergebnis neu festgestellt und berichtigt oder
b) die Wahl zum Ortsbeirat Zossen ganz oder teilweise für ungültig erklärt.

Herr Noack:
Er beantragt um 20.58 Uhr eine kurze Pause von 5 Minuten und bittet die Fraktionsvorsitzenden nach vorne.

Um 21.05 wird die Sitzung fortgesetzt.
Frau Andrae erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage 023/09.
Bei Nr. 3 kommt die Begründung von Herrn Preuß, bei der Nr. 2 die Begründung von Herrn Baranowski, bei der Nr. 1 greift die Begründung der Verwaltung.
Die Fraktionsvorsitzenden haben sich soeben geeinigt, dass wir trotzdem zur Abstimmung kommen, obwohl die SPD-Fraktion nicht vollzählig ist.

Abstimmung zum Antrag Nr. 1 in der vorgelegten Form: 13 x Ja; 13 x Nein; 1 x Enthaltung (Ablehnung)
Abstimmung zum Antrag Nr. 2 in der vorgelegten Form: 4 x Ja; 17 x Nein; 6 x Enthaltung (Ablehnung)
Abstimmung zum Antrag Nr. 3 in der vorgelegten Form: 11 x Ja; 15 x Nein; 1 x Enthaltung (Ablehnung)

Frau Andrae ruft zum zweiten Wahlgang auf.

2. Wahlgang:
Wer ist für Nr. 1: 13 x Ja; 13 x Nein; 1 x Enthaltung (Ablehnung)
Wer ist für Nr. 2: 16 x Ja; 8 x Nein; 3 x Enthaltung
Damit ist die Nr. 2 angenommen.

zu 10.4 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen am 28.09.2008
Vorlage: 024/09

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen stellt fest, dass Einwendungen gegen die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung vorliegen. Nach Prüfung des Wahleinspruchs beschließt sie gem. § 57 Abs. 1 BbgKWahlG die folgende Wahlprüfungsentscheidung:

1. Die Einwendungen gegen die Wahl sind nicht begründet und werden zurück gewiesen. Die Wahl ist gültig.

oder

2. Die Einwendungen gegen die Wahl sind begründet. Die ihnen zugrunde liegenden Tatsachen haben das Wahlergebnis nicht oder nur unwesentlich beeinflusst. Die Wahl ist gültig.

oder

3. Die Einwendungen gegen die Wahl sind sämtlich oder zum Teil begründet. Die den begründeten Einwendungen zugrunde liegenden Tatbestände sind so schwerwiegend, dass bei einer einwandfreien Durchführung der Wahl ein wesentlich anderes Wahlergebnis zustande gekommen oder festgestellt worden wäre. Es wird
   a) das Wahlergebnis neu festgestellt oder berichtigt oder
   b) die Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt.

Frau Andrae:
Wer ist für Nr. 1: 13 x Ja; 13 x Nein; 1 x Enthaltung
Wer ist für Nr. 2: 5 x Ja; 13 x Nein; 9 x Enthaltung
Wer ist für Nr. 3: 11 x Ja; 15 x Nein; 1 x Enthaltung

2. Wahlgang:
Wer ist für Nr. 1: 12 x Ja; 13 x Nein; 2 x Enthaltung
Wer ist für Nr. 2: 17 x Ja; 7 x Nein; 3 x Enthaltung
Damit ist die Nr. 2 angenommen.

Herr Kühnapfel:
Er begründet seine Zustimmung zu Punkt 2:
Wenn wir eine Neuwahl inszeniert hätten, hätten wir uns heute damit selber aufgelöst.

zu 10.5 Besetzung des Ausschusses für Finanzen der Stadt Zossen
Vorlage: 013/09

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Besetzung der noch zwei offenen Sitze des Ausschusses für „Finanzen“ wie folgt:

Mitglieder Frau/Herr ……..

Frau/Herr ……..

Herr Noack:
Wir stehen immer noch dazu, die Ausschüsse zu reduzieren, damit wir alle vier Wochen eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung durchführen können.

Vorschlag der Fraktion Plan B für die 2 weiteren Mitglieder im Finanzausschuss:
1. Herr Ralf Markwardt
2. Herr Peter Hummer

Herr Preuß:
Er freut sich, dass Plan B die Ausschüsse besetzt. Die Arbeit in den vorhandenen 5 Fachausschüssen läuft gut.

Abstimmung zu den von Plan B vorgeschlagenen Personen: 26 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

zu 10.6 Besetzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Landesgartenschau der Stadt Zossen
Vorlage: 014/09

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Besetzung der noch zwei offenen Sitze des Ausschusses für „Kultur, Tourismus und Landesgartenschau“ wie folgt:

Mitglieder Frau/Herr ……..

Frau/Herr ……..

Vorschlag der Fraktion Plan B:

1. Herr Torsten Kniesigk
2. Frau Waltraud Schröder

Abstimmung: 26 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

zu 10.7 Bebauungskonzept Stadtpark/Schulgarten (ehem. LEO)

Vorlage: 010/09

Beschlussvorschlag:

Die anliegende Bebauungsstudie für die Fläche des ehemaligen LEO wird bestätigt und wird Grundlage für die Vermarktung der Fläche.

Herr Baranowski fragt, ob er als unmittelbarer Nachbar seine Befangenheit erklären muss.
Frau Schreiber verneint die Anfrage, da er nicht Eigentümer des Grundstückes ist.

Ergänzungsantrag zur BV 010/09 von Herrn Baranowski:
„Ergänzend zum vorliegenden Beschluss beschließt die SVV, dass eine Umsetzung der vorgelegten Bebauungsstudie hinsichtlich der Verlängerung der Straße am Stadtpark entlang der Grundstücke Berliner Str. 6 – 12 und eine zusätzliche Bebauung in diesem Bereich nicht erfolgt. Die Zufahrt zum Grundstück am Stadtpark 3 erfolgt von der vorhandenen Straße am Stadtpark über Grundstückszufahrten und nicht durch Verlängerung der Straße am Stadtpark.

Begründung:
Durch die in der Studie vorgesehene neue Straße im Stadtpark (Schulgartenbereich) und der zusätzlichen rückwärtigen Bebauung der Grundstücke Berliner Str. 6 – 12 würde die geplante Gestaltung des ehemaligen Schulgartens (Burgspielplatz, Seniorenplatz) konterkariert. Der harmonische und klar strukturierte Übergang von öffentlichem Raum mit Zaun zu den Hausgärten und weiter über verschiedene Wirtschaftsgebäude hin zur dichten Bebauung an der Berliner Straße ginge verloren.

Bezüglich der vorgeschlagenen Grundstücksteilung wird auch folgende Variante geprüft:
Die Teilung des Flurstückes 213 erfolgt in nordwestlicher Richtung entlang der Grenze der vorhandenen Hausgärten (Linie entlang der nordwestlichen Grenze der Flurstücke 78 und 79.

Die in diesem Antrag angeregte Verschiebung der Baugrundstücke in nordwestliche Richtung nimmt die geradlinige Abgrenzung der Hausgärten vom öffentlichen Bereich auf und führt so zu mehr Klarheit. Gerade auch die im Zuge der Neugestaltung des ehemaligen Schulgartens vorgesehene Vereinheitlichung der Zaunanlagen und Herstellung von Pforten fördert die klare Abgrenzung unter Beibehaltung des großzügigen und offenen Eindrucks.“

Frau Michler:
Den Antrag von Herrn Baranowski konnte sie so schnell nicht nachvollziehen, das sollte eventuell noch mal im Ausschuss behandelt werden.

Herr Preuß:
Er ist auch für eine Zurückweisung in die Ausschüsse. Niemand hat verstanden, was Herr Baranowski will. Der Stadtpark sollte uns lieb und teuer sein und er sollte als Park erhalten bleiben. Die fließenden Übergänge sind das Bemerkenswerte des Stadtparks. Diese Einheit von Wohnbebauung bis zur freien Landschaft sollten wir erhalten.
Er schlägt die Erarbeitung eines Parkentwicklungskonzeptes vor. Wir holen uns den Straßenverkehr in den Stadtpark rein, das darf nicht passieren.
Diese Beschussvorlage hätte auch in den Ausschuss KTL gehört nach seiner Meinung.

Frau Schreiber:
Sie erinnert daran, dass Herr Preuß selbst anwesend war, als der Beschluss auf der Tagesordnung stand.
Die Beschlussvorlage 026/08 wurde bereits vor einem dreiviertel Jahr beschlossen, ein neuer Antrag gibt zusätzlichen Impuls.
Zum Inhalt:
Mit der BV 026/08 wurden diese Baufelder bereits festgelegt.

Zu dem Ergänzungsantrag von Herrn Baranowski bzgl. der Bebauung in Höhe der Nebengebäude:

Es geht nur um die Bebauung der Fläche des ehemaligen LEO-Grundstückes.

Frau Menges verlässt um 21.45 Uhr die Sitzung.

Frau Michler:
Es handelt sich nur um die Bebauung des ehemaligen LEO-Grundstückes. Aus diesem Grund zieht sie ihren Antrag zur Verweisung in den Ausschuss zurück.

Frau Miersch:
Sie erläutert die Geschichte des Stadtparks aus ihrer Kenntnis. Wir brauchen ein Konzept für den Stadtpark. Das Grundkonzept war auf die alten englischen Gärten ausgerichtet. Der Schulgarten, LEO usw. waren Ergänzungsgrundstücke, die mal in das Konzept Stadtpark einbezogen werden sollten, aber zum damaligen Zeitpunkt den Notwendigkeiten und Gegebenheiten entsprachen.
Die Beschlussvorlage sollte noch mal zurück in die Ausschüsse. Wir zerstören hier ein Gesamtbild.

Herr Steinert:
Das sollte in allen drei zuständigen Ausschüssen beraten werden.

Frau Andrae fasst zusammen:
1. Antrag von Herrn Baranowski
2. Antrag von Frau Miersch -> Verweisung in die Fachausschüsse
3. Antrag von Herrn Preuß -> zurück in die Ausschüsse

Wer ist für die Zurückverweisung in die Ausschüsse?
Abstimmung: 15 x Ja; 11 x Nein; 0 x Enthaltung

zu 10.8 Hauptsatzung der Stadt Zossen
Vorlage: 016/09/01

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage zu diesem Beschluss befindliche Hauptsatzung der Stadt Zossen.

Herr Preuß trägt 4 Änderungsanträge vor:

„1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD zu § 9 der Hauptsatzung; Anlage 4

Der § 9 Absatz 4 soll wie folgt gefasst werden:

(4) Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet gemäß § 28 Abs. 3 S. 2 BbgKVerf über die Führung von Rechtsstreitigkeiten, insbesondere Klageerhebung und Rechtsmitteleinlegung, ab einem Streitwert von 50.000 €. Entscheidungen bis zur Wertgrenze trifft der Hauptausschuss (§ 50 Abs. 2, Satz 1 BbgKVerf) , es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 54 Abs. 1 Nr. 5 BbgKVerf).

Begründung:
Die Entscheidungszuständigkeit sollte nicht auf das Rechtsmittel der Klage beschränkt werde, denn damit wird die Einlegung von Rechtsmitteln wie Berufung und Revision ebenso wie Anträge in einstweiligen Rechtsschutzverfahren nicht erfasst.

2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu § 10 Abs. 3 der Hauptsatzung, Beschlussvorlage 016/09

Der § 10 Abs. 3 soll wie folgt gefasst werden:

(3) Die Angaben nach Absatz 1 werden auf der Internetseite der Stadt Zossen

veröffentlicht.

Begründung:
Nach § 31 Abs. 3 Satz 3 BbgKVerf ist die Bekanntmachung des ausgeübten Berufes usw. fakultativ. Die Regelung, dass die Bekanntgabe des ausgeübten Berufes usw. bei den Stadtverordneten erst nach Zustimmung des betroffenen Stadtverordneten erfolgt, ist rechtswidrig. Denn ob die Bekanntmachung stattfindet, muss unmittelbar(!) in der Hauptsatzung entschieden werden und nicht erst nach Einzelzustimmung des Mitgliedes.

3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu § 6 Abs. 3 der Hauptsatzung; Beschlussvorlage 016/09

Der § 6 Absatz 3 soll wie folgt gefasst werden:

(3) Eine Einwohnerversammlung wird durch den Hauptverwaltungsbeamten unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das sich die Einwohnerversammlung bezieht, einberufen.
Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Stadtverordnetenversammlung. Der Hauptverwaltungsbeamte oder eine von diesem beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in dem Gemeindegebiet, auf welches sich die Einwohnerversammlung bezieht, ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben in der Einwohnerversammlung – entsprechend den zeitlichen und örtlichen Bedingungen – ein Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift im Sinne von § 42 Abs. 1 BbgKVerf zu fertigen, die vom Hauptverwaltungsbeamten und ggf. Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten ist.
Die Niederschrift soll zudem die wesentlichen Vorschläge und Anregungen der Einwohnerversammlung beinhalten. Das Votum der Einwohnerversammlung hat für die Stadtverordnetenversammlung empfehlenden Charakter.

Begründung:
Wenn die Niederschrift nicht die wesentlichen Vorschläge und Anregungen aus der Einwohnerversammlung beinhaltet, stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Einwohnerversammlung. Eine Einwohnerversammlung wird bei wichtigen Angelegenheiten der Stadt einberufen. Sie dient zum einen der Information der Einwohner, zum anderen aber, auch um wichtige Anregungen und Vorschläge der Einwohner bei der weiteren Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.
Dies kann nur gewährleistet werden, wenn diese wichtigen Anregungen und Vorschläge auch in der Niederschrift berücksichtigt werden. Der letzte Satz des Abs. 3 dient der Klarstellung. In der Einwohnerversammlung können keine für die Stadt verbindlichen Beschlüsse gefasst werden.

4. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu einem zusätzlichen Paragrafen zum Jugendparlament; (Anlage 3)

Der zusätzliche Paragraf soll wie folgt gefasst werden:

§
Jugendparlament

Die Stadt Zossen bildet ein Jugendparlament. Die Mitglieder des Jugendparlamentes werden in freier, gleicher und geheimer Wahl durch die Einwohner im Alter von 14 bis 27 Jahren gewählt. Näheres ist in der Satzung der Stadt Zossen über die Rechte und Pflichten des Jugendparlamentes zu regeln.

Begründung:
Der Hauptsatzungsentwurf der Fraktion DIE LINKE sah hier ein Alter von 14 bis 27 Jahren vor. In dem in Form der Anlage 3 vorliegenden Änderungsantrag hat sich ein

redaktioneller Fehler hinsichtlich des Alters eingeschlichen, der mit dem Änderungsantrag behoben werden soll. Der Paragraf Jugendparlament sollte als neuer Paragraf 16 eingefügt werden.

5. Änderungsantrag
„Bürgermeister“ ersetzen durch „Hauptverwaltungsbeamten“ im § 13 der Hauptsatzung“

Herr Kramer, Leiter des Rechts- und Personalamtes der Stadt Zossen, bedankt sich bei allen Mitgliedern des Ausschusses „Recht, Sicherheit und Ordnung“ für die konstruktive Zusammenarbeit.
Bei passiv legitimierten Vorgängen bestimmt die Stadt Zossen nicht, nur bei aktiv legitimierten Vorgängen.

Herr Manthey:

- zum 3. Änderungsantrag § 6 Abs. 3 – Einwohnerversammlung
- Zu Punkt 2 der heutigen Tischvorlage, 3. Absatz – pflichtet er so nicht bei
- Einwohnerversammlung als Pflicht ist hier nicht gegeben, weil schon mehrere Einwohnerversammlungen durch die Stadtverwaltung durchgeführt werden.

Herr Kühnapfel:
Es gibt vier Änderungsanträge und 4 Änderungsanträge zu den Änderungsanträgen, er kann diese nicht nachvollziehen. Die Anlage 2 lehnt er ab. Die Anlage 3 ist soweit in Ordnung, aber bitte keine doppelten Formulierungen, Altersangabe ersatzlos streichen. Er schlägt vor, den 2. Absatz ganz zu streichen und Anlage 4 zurückzuweisen und insgesamt 200.- T€ reinzuschreiben.

Frau Schreiber:
Sie hat als Verwaltung erhebliche Bedenken zum Änderungsantrag § 10 Abs. 3.
Es gibt ein klares rechtliches Veto, dadurch ist die Hauptsatzung vielleicht angreifbar.
Die Angaben der Stadtverordneten sind zwingend in der Kommunalverfassung vorgeschrieben. Kein Stadtverordneter ist aber deshalb verpflichtet, Daten für die Veröffentlichung freizugeben.
Es gibt keine Veröffentlichung der Daten im Internet, wenn der Stadtverordnete dies nicht möchte.

Herr Noack:
Er bittet um eine kurze Pause zwecks Beratung des Änderungsantrages zum Änderungsantrag.

Herr Schulz:
Es geht um die Ortsbeiräte:
§ 46 BbgKVerf sollte komplett übernommen werden

Frau Schreiber:
Sie macht Ausführungen über erweiterte Rechte für die Ortsbeiräte, darüber ist im Ausschuss RSO sehr ausführlich beraten worden.

Frau Michler:
Zu § 15 zu den Bekanntmachungskästen:
Zossen hat 3 Bekanntmachungskästen und der Ortsteil Lindenbrück hat ebenfalls 3 Bekanntmachungskästen. Die Relation ist nicht ganz stimmig. Sie bittet darum, für Lindenbrück den Bekanntmachungskasten in Funkenmühle zu streichen.

Frau Andrae fasst zusammen:

Antrag von Herrn Kühnapfel:

- das Alter der Mitglieder des Jugendparlamentes ersatzlos streichen und im § 9 der Hauptsatzung die Summe auf 200 T€ erhöhen

Antrag von Frau Michler:

- Bekanntmachungskasten Funkenmühle streichen

Antrag von Herrn Schulz:

- komplette Übernahme des § 46 KVerf in die Hauptsatzung

22.15 Uhr: Frau Andrae schlägt 10 Minuten Beratungspause vor.

22.30 Uhr Fortführung der Sitzung

Frau Andrae zu den Änderungsanträgen:

- ÄA von Herrn Preuß und Herrn Kühnapfel
- Antrag von Herrn Kühnapfel zur Streichung von „Die Mitglieder des Jugendparlamentes …..gewählt."

- Antrag Jugendparlament mit Streichung des genannten Satzes: 14 x Ja; 11 x Nein; 1 x Enthaltung
  § 8a wird dann heißen: Überschrift: Jugendparlament, dann der Satz:
  „ Die Stadt Zossen bildet ein Jugendparlament. Näheres ist in der Satzung des Jugendparlamentes zu regeln."

- Antrag von Herrn Kühnapfel § 9 Abs. 2 Erhöhung der Summe auf 200 T€,
- Ergänzung in § 9 (2), ansonsten unverändert lassen
  Abstimmung: 13 x Ja; 12 x Nein; 1 x Enthaltung

Antrag von Frau Michler:
im § 15 den Absatz 4, Punkt 10 b zu streichen (Bekanntmachungskasten Funkenmühle streichen)
Abstimmung: 13 x Ja; 12 x Nein; 1 x Enthaltung, damit ist der Punkt 10 b gestrichen

Antrag von Herrn Schulz; VUB:
komplette Aufnahme des §46 KVerf in den § 5
Abstimmung: 9 x Ja; 13 x Nein; 4 x Enthaltung, damit ist der Antrag abgelehnt

Frau von Schrötter verlässt den Raum.

Abstimmung zum Änderungsantrag von Herrn Preuß zu § 10 Abs. 3 (Daten der Stadtverordneten):
7 x Ja; 14 x Nein; 5 x Enthaltung, damit ist der Änderungsantrag abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag zur Einwohnerversammlung § 6 Abs. 3 (Ergänzung mit den kursiv geschriebenen Sätzen von Herrn Preuß): 11 x Ja; 11 x Nein; 3 x Enthaltung, damit ist der Antrag abgelehnt

Frau von Schrötter ist wieder anwesend.

Abstimmung zur Hauptsatzung in der laut Protokoll geänderten Form:
14 x Ja; 11 x Nein; 1 x Enthaltung

Herr von Lützow, Frau Timm und Frau Brumnm verlassen um 22.50 Uhr den Sitzungsraum.

zu 11 Antrag aus dem Ausschuss

zu 11.1 Antrag des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport vom 17.02.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 19.02.2009:
Teilnahme "Aktionswochen gegen Rassismus"; Schreib- und Malwettbewerb zum Thema: Buntes Zossen: Jeder ist anders - darin sind wir alle gleich!
Vorlage: 011/09/01

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadt Zossen wird in diesem Jahr erstmals an den bundesweiten „Aktionswochen gegen Rassismus“ vom 16. März bis 29. März teilnehmen.
Die Stadtverwaltung schreibt in Kooperation mit der Initiative „Zossen zeigt Gesicht“ und in organisatorischer Zusammenarbeit mit der Bibliothek und den Horten für die Schulkinder einen kombinierten Schreib- und Malwettbewerb aus und über die Kitas für die Vorschulkinder einen Malwettbewerb zum Thema:
Buntes Zossen: Jeder ist anders – darin sind wir alle gleich!

Herr Jörg Wanke von der Bürgerinitiative (Bürgerbündnis Zossen) erhält das Wort von Frau Andrae.
Es folgt eine kurze Vorstellung:

„Der hier vorliegende Antrag ist ein Resultat des neuen bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt. Sie, die Abgeordneten der Stadt, haben in Ihrer Resolution zum Umgang mit dem Extremismus vom 17.12.2008 festgestellt, dass es für die SVV Zossen eine Selbstverständlichkeit im Rahmen Ihrer Möglichkeit sei, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken.
und
Die SVV fordert alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Vereine und Verbände, Gruppen und Initiativen usw. auf, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis.
Die Bürgermeisterin äußerte schon im letzten Jahr gegenüber der MAZ „Ich ziehe es vor, dass ein Vorgehen gegen Extremismus durch bürgerschaftliches Engagement passiert.“
Für diese klare politische Haltung möchte ich mich im Namen unseres Bündnisses bedanken.
Wer sind wir, das Bürgerbündnis Zossen zeigt Gesicht:
Ein breites politisches Bündnis, dass sich insbesondere zum Ziel gesetzt hat, dem Rechtsradikalismus, der Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus in Zossen mit bürgerschaftlichem Engagement zu begegnen. Wir wollen informieren, diskutieren und aktiv werden. Dieser gemeinsame Nenner eint uns.
In dem Bündnis sind zwischenzeitlich 40 Bürger aus nahezu allen politischen Parteien und Initiativen vereint. Trotz dieser Vielfalt verlaufen unsere Treffen in einer sehr konstruktiven und offenen Atmosphäre, so dass ich manches Mal glaube, dass man uns darum in der SVV beneiden würde.
Dem am Montag gewählten Sprecherrat gehören folgende Bürger an:
Heidi Borchert
Hiltraud Preuß
Andreas Domke
Lothar Nalbach
Jörg Wanke

Am 29.März 2009, das ist eines der ersten handfesten Resultate unserer Arbeit, findet im E-Werk Zossen eine Veranstaltung statt, mit der die Vielfalt unseres Bündnisses dargestellt wird. Das wird ein Familienfest, eine Einladung zur Diskussion mit Informationen und Gesprächsrunden zu der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. Wir wollen uns außerhalb aller politischen Gremien kennen lernen. Ich bin erstaunt, welche Initiative hier entstanden ist: junge Leute kommen zu uns und interessieren sich, Persönlichkeiten aus unserer Stadt wollen sich einbringen, so z.B. Larry Schuba, der mitwirken wird, ständig entstehen neue Ideen und Aktivitäten. Ursache dafür ist zum einen, dass man sich in dieser wichtigen Frage einbringen will. Zum

anderen ist aber auch spürbar, dass wir versuchen Gestaltungsfreiräume zu bieten, eigene Gedanken zuzulassen und befördern und das wir einander zuhören.
Sie möchte ich zu dem Fest einladen und bitten, uns in unserer Arbeit zu unterstützen. Kommen Sie zu uns, genießen Sie diese tolle Atmosphäre und bringen Sie sich ein. Politik kann auch Spaß machen.
Ich bin voller Optimismus, dass es möglich ist, in dieser Stadt dem Rechtsextremismus entgegenzutreten. Wir Demokraten sind die Mehrheit und wir beginnen uns einig zu sein, zumindest in dieser Frage. Lassen Sie uns daraus was machen!
Bitte unterstützen Sie daher den Antrag, der von allen Ausschussmitgliedern eingebracht wurde, egal zu welcher Partei Sie gehören. Vielleicht ist das – auch wenn es bei diesem Antrag sicher leicht fällt – ein Symbol für die Bürger dieser Stadt.
Ich danke Ihnen."

Frau Bock:
Sie bittet darüber nachzudenken, ob die Finanzierung der Urkunden und Preise durch die Stadt Zossen übernommen werden kann.

Abstimmung: einstimmig 23 x Ja

zu 11.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.02 2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 19.02.2009:
Gegen Seenprivatisierung und für die Verbesserung der Gewässerqualität
Vorlage: 015/09

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. *Die Stadtverordnetenversammlung Zossen setzt sich dafür ein, dass keine weiteren Seen im Stadtgebiet privatisiert werden. Die Seen sollen im Besitz der öffentlichen Hand verbleiben.*
2. *Die Stadtverwaltung wird hinsichtlich des Mellensees beauftragt, mit der Gemeinde Am Mellensee Kontakt aufzunehmen, um diesbezügliche Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zu besprechen. Hinsichtlich des Motzener Sees wird die Stadtverwaltung aufgefordert, mit der Stadt Mittenwalde Kontakt aufzunehmen, um diesbezügliche Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zu besprechen.*
3. *Die Stadtverordnetenversammlung Zossen setzt sich ferner dafür ein, dass die Wasserqualität der Seen im Stadtgebiet schrittweise verbessert wird. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde Am Mellensee Kontakt aufzunehmen, um Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zur Verbesserung der Wasserqualität zu besprechen und umzusetzen. Grundlage hierfür ist vorliegende Konzeptentwurf des Institutes für angewandte Gewässerökologie GmbH vom 19.07.2007. Der Konzeptentwurf ist weiterzuentwickeln (Einbeziehung der Seenkette vom Großen Zeschsee bis zum Mellensee) und schrittweise umzusetzen.*

Dies ist, wie unter TOP 1 bereits erläutert, **kein Fraktionsantrag der LINKEN, sondern ein Antrag der Mitglieder des Ausschusses Kultur, Tourismus und Landesgartenschau.**

Abstimmung: 21 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

Herr Rust verlässt den Sitzungsraum.

zu 12 Anträge von Fraktionen

zu 12.1 Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.01.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen

am 26.01.2009:
Dringlichkeitsantrag - Konjunkturpaket der Bundesregierung optimal nutzen
Vorlage: 007/09

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, eine Vorschlagsliste von förderfähigen schnell umsetzbaren Projekten zu erstellen, die im Zuge des Konjunkturpaketes I und II umgesetzt werden könnten.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, für die Projekte der von der SVV bestätigten Projektliste die notwendigen planerischen Vorarbeiten zu veranlassen, um möglichst schnell in der Lage zu sein, Geld aus dem Paket für konkrete Projekte abfordern zu können.

Bei der Erarbeitung der Vorschlagliste sind folgende Vorhaben prioritär zu behandeln:

Investitionsschwerpunkt Bildung (insb. Kitas, Schulen, Hochschulen und insbes. energetische Sanierung)
- *Kina-Neubau Wünsdorf*
- *Erweiterung Oberschule Wünsdorf*
- *Energetische Gebäudesanierung der Grundschule Glienick*
- *Photovoltaikanlage auf dem Dach der Grundschule Zossen*

Investitionsschwerpunkt Infrastruktur
- *Skaterpark Zossen*
- *Rückbau von Gebäuden auf dem Grundstück „Kalkschachtöfen“*

- **Streichung alles, was nach Absatz 2 kommt (von „Bei der Erarbeitung…. bis …“Kalkschachtöfen“**
- **Streichung des vorletzten und vorvorletzten Absatzes aus der Begründung (von “Neben dem Neubau… bis …reagieren zu können.“)**

Abstimmung in der vom Antragsteller geänderten Form:
20 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

zu 12.2 Antrag der Fraktion SPD übergeben auf der SVV am 21.01.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 22.01.2009:
Kommunal-Kombi
Vorlage: 008/09

Die Stadtverordnetenversammlung Zossen möge beschließen:
1. *Die Bürgermeisterin wird aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit organisatorische und inhaltliche Möglichkeiten bestehen, dass sich die Stadt Zossen am Kommunal-Kombi beteiligt.*
   Sie soll der Stadtverordnetenversammlung kurzfristig dazu einen Bericht geben.
2. *Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, im Haushaltsentwurf der Stadt 2009 Vorsorge für die finanzielle Absicherung der Einführung von Kommunal-Kombi zu treffen.*

Herr Kühnapfel beantragt, diesen Antrag 008/09 abzulehnen, weil er eigentlich gegenstandslos ist. Er begründet dies mit diversen Prozentzahlen der Arbeitslosigkeit in der Kommune. Da der Kreis bei 10,2 % zum Stichtag liegt, ist für ihn dieser Antrag hinfällig.

Frau von Schrötter:
Das stimmt nicht. Es zählt nicht die Kommune, sondern der Kreis. Dieser hat noch eine Arbeitslosenquote von über 12 %.

Abstimmung zu der vorliegenden, unveränderten Form: 10 x Ja; 10 x Nein; 1 x Enthaltung
Der Antrag ist somit abgelehnt.

zu 12.3 **Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und VUB vom 14.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 18.11.2008:**
Bereitstellung von Informationen über die wichtigen kommunalen Vorgänge im Internet
Vorlage: 157/08/01

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, erfolgen zuzüglich zur Veröffentlichung im „Amtsblatt für die Stadt Zossen“ durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes auf der Internetseite www.zossen.de.

Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung oder eines sonstigen Schriftstückes, so kann bei besonderer technischer Schwierigkeit die Veröffentlichung dieser Teile auf der Internetseite www.zossen.de dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten über einen Zeitraum von 14 Tagen ausgelegt werden. Angaben über Ort und Dauer der Auslegung sind zusammen mit der Satzung oder dem sonstigen Schriftstück auf der Internetseite www.zossen.de zu veröffentlichen.

Zeit, Ort, Tagesordnung und der Wortlaut der Beschlussanträge der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte sind auf der Internetseite www.zossen.de zu veröffentlichen soweit Gründe des öffentlichen Wohls oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen.

Die Veröffentlichung hat jeweils mindestens 7 Tage vor dem Sitzungstag zu erfolgen.

Gefasste Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sowie die bestätigten Protokolle der Stadtverordnetenversammlung sind im vollen Wortlaut im Internet auf der Seite www.zossen.de zu veröffentlichen soweit Gründe des öffentlichen Wohls oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen.

Beschlussanträge, Beschlüsse, Protokolle, Satzungen etc. sind im vollen Wortlaut auf der Internetseite www.zossen.de zu archivieren und über die Dauer von 5 Jahren für jedermann zugänglich zu halten soweit Gründe des öffentlichen Wohls oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen.

Frau Schreiber erläutert den Antrag und das bisherige Verfahren. Sie bemängelt die Verfahrensweise der Fraktion DIE LINKE.
Sie hat die ganze Zeit gesagt, dass eine sehr übersichtliche Bürgerinformation erfolgen wird.

Herr Schulz:
Der KTL hat lange für einen ordentlichen Internetauftritt gekämpft, ist aber leider bei der Erstellung der Internetseite nicht gefragt worden.

Herr Preuß:
Unser Beschluss im Ausschuss KTL war ein anderer. Wir sind nicht einbezogen worden in den Aufbau der Internetseite. Wir haben im November den Beschlussantrag gestellt. Wir wollen die Bürger besser informieren. Wenn wir Bekanntmachungskästen einsparen, müssen wir im Internet besser informieren.

Abstimmung zu der vorliegenden Form (mit der Änderung des Ausschusses RSO):
9 x Ja; 10 x Nein; 2 x Enthaltung
Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 13 **Schließung der Sitzung**

Frau Andrae schließt um 23.20 Uhr die Sitzung.

Karola Andrae	Sylvia Kromer
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Protokollantin